

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

1.2.1863 (No. 27)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 1. Februar.

N. 27.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Petizelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 31. Januar.

Durch Allerhöchste Ordre vom 29. d. M. werden dem Oberarzt Flaig im 2. Infanterieregiment König von Preußen die Grabzeichen des Oberleutnants verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Berlin, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde ein Schreiben des Ministerpräsidenten Hrn. v. Bismarck an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses verlesen, welches besagt, der König könne sich nicht bewegen finden, die Adressdeputation des Hauses anzunehmen. Der Präsident schlägt eine schriftliche und direkte Zusendung vor. Der Vorschlag wird ohne Debatte angenommen.

Wosien, 30. Jan. Die hier erscheinende „Dob. Ztg.“ meldet: Erlasse einer sogenannten provisorischen Regierung in Polen sind unterzeichnet: Frankowski.

Petersburger Briefe vom 27. bestätigen, daß die Infurgenten einen Artilleriepark genommen haben.

St. Petersburg, 29. Jan. (W. L. B.) Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht eine eingehende Darstellung der Ereignisse in Polen. Es beklagt zunächst die große Beshelligung der Geistlichen an dem Aufstande, und wünscht sich Glück, daß es dieser Thatsache gegenüber melden kann, daß die Mehrheit der Studenten sich jeder Theilnahme enthalten hat. Nach Berichten aus Bialystok ist eine Bande von 150 Mann aus Polen in den Distrikt Bielsk vorgedrungen; der General Manulkin konzentrierte seine Truppen in Bialystok. Die Eisenbahnstation Lappa, von russischer Seite her die erste im Königreich, ist von den Truppen besetzt. Fliegende Kolonnen sind abgeschickt zum Schutz der Eisenbahn von Kowno und Wierzbolow, und zur Störung der Gegend von Brzesc und Wiala. Der Oberst Suckow hat gestern die Infurgenten in den Wäldern von Blocki, Kostelnoi, Strumianska und Kozny angegriffen; sie haben die Flucht ergriffen und 38 Gefangene zurückgelassen, worunter ein Priester, der Hauptanführer der Bewegung in jener Gegend. Warshaw ist ganz ruhig. Mehrere Banden fangen an, sich zu zerstreuen, viele Arbeiter kehren in die Fabriken zurück. In den Provinzen geht die Aushebung ohne Hinderniß vor sich.

St. Petersburg, 30. Jan. (Köln. Ztg.) Der Reichsrath hat das Preßgesetz verworfen; die Zensur wird demnach beibehalten. In Folge des Thauwetters werden Ueberschwemmungen befürchtet.

London, 30. Jan. (Köln. Ztg.) Die „Morn. Post“ meldet: Nachdem Fürst Ernst von Leiningen die Annahme der griechischen Krone ebenfalls ablehnte, wird diese Krone abermals dem Herzog Ernst von Koburg angeboten.

* Kg. Prinz Albert.

Ein Charakterbild.

Das gewiß schönste, jedenfalls Allen zugänglichste und sicher unvergänglichste Denkmal stiftet dem verstorbenen Prinzen Albert ein kürzlich in London — unter Gutzbeins, ja auf den Wunsch, der um den Gemahl in innigster Werthhaltung und Liebe trauernden königlichen Wittwe — bereits in dritter Auflage erschienenes Buch: „Die vornehmsten Aedern und Ansprachen (auch eine Denkschrift und Briefe) einer königlichen Gabe des Prinzen-Gemahls, nebst einer Einleitung mit einigen Umrissen seines Charakters“; woraus hier das Nachfolgende.

Der Prinz war eine stattliche Erscheinung: seine Haltung gerade; seine Gestalt das Bild reger Kraft; sein Benehmen würdevoll. Wenn in ernster Stimmung, hatte er ein geistiges nachdenkliches Aussehen; lächelte er aber — und das Lächeln eines Menschen drückt sein Bildniß treu aus — so strahlte sein ganzes Gesicht vor Vergnügen; und aus seinem Munde klang eine Anmuth und Herzlichkeit, die, wer es gehört hat, nimmer vergessen wird. Er war als jung ein sehr schöner Mann; wie es aber oft mit sinnigen Menschen geht, die viel durchleben, bekam sein Gesicht eine feinere Schönheit, als die jugendlichen Bildnisse von ihm erwarten ließen — eine Schönheit des innern wie äußern Abels, die am höchsten in seinem letzten oder zweitletzten Lebensjahre hervortrat. In den Zügen des Antlitzes schied sich die Sinnlichkeit, wie schwer auch die Schrift zu entziffern sein mag; und in des Prinzen Handeln fand man keine jener widerwärtig bedenklichen, welche Hinterlist oder Unaufrichtigkeit, Eitel oder Sinnlichkeit anzeigen, sondern Alles war klar, offen, rein und rechtschaffen. Spuren des Dünkens, Sorgens, Geistesleides machten sich wohl bemerklich; mit ihnen gingen aber die Zeichen einer Seele, die im Frieden mit sich und vernünftig von ihrer Liebe für Andere und ihrer Sorge um Andere Wohl unruhig bewegt ist. Was vielleicht vor allem Andern einem Beobachter, wenn er dem Prinzen nahe kam, am meisten aufstieß, war

boten. Als Thronfolger wird des Herzogs Neffe von der Linie Sophia, welcher zweifelsohne den griechischen Glauben annimmt, bezeichnet. Die Bestimmung der koburgischen Verfassung, daß der Herzog in Koburg residiren muß, dürfte mit Genehmigung des koburgischen Landtags beseitigt werden.

* Aus dem preussischen Abgeordnetenhanse.

Adressdebatte. Dritter Tag.

Berlin, 29. Jan. Die allgemeine Diskussion wird fortgesetzt. Zunächst ergreift das Wort der dritte Antragsteller, Abg. Reichensperger (Seldern). Er wiederholt seine schon früher ausgesprochenen Ansichten zu Gunsten des von ihm eingebrachten Adressentwurfs. Der Schwerpunkt der Adresse müsse allein in der Budgetfrage beruhen; sie sei der Schwerpunkt des Konflikts, und dieser Konflikt werde durch die falschen Anschauungen der Gegenpartei und des Ministeriums mehr und mehr genährt. Es sei notwendig und die erste Aufgabe des Hauses, dem Ministerium klar darzulegen, daß es bei seinem vorjährigen Beschlusse in seinem vollkommenen Rechte gewesen. Der Ministerpräsident habe sich geäußert: Der Art. 99 der Verfassung schreibe vor, daß das Budget durch ein Gesetz zu Stande gebracht werden müsse; es sei aber nicht darin, daß das Abgeordnetenhaus allein das Budget festzustellen habe. Darum könne dem Beto desselben auch nicht eine solche Wichtigkeit beigelegt werden. Dem müsse er widersprechen. Man habe gerade dem Herrenhause die Befugniß zur Stellung von Amendements zum Budget entzogen, damit die Feststellung desselben erleichtert werde. Alle die Aeußerungen des Hrn. Ministerpräsidenten über die Milderung in der Verfassung seien bei der Revision der Verfassung vorgekommen, aber von der damaligen Ersten und Zweiten Kammer abgelehnt worden. Sei die Verfassung etwa da, damit die Regierung sage: stat pro ratione voluntas! sie volo sic jubeo! Ghatam, der berühmte Staatsmann, habe den Anspruch gethan: Die absolute Gewalt richte den zu Grunde, der sie besitze; noch mehr aber den, der sie nicht besitze und sie bloß präntire. (Bravo! Hört!) Was bedeutet denn die Verfassung? Sie sei gerade gegeben zum Schutze gegen Willkür und Unterdrückung. (Hört!) Sei die Verfassung unvollkommen, so sei dies eben mit allen menschlichen Dingen der Fall. Man habe die Verfassungsfreiheit bei der Budgetbewilligung niemals verkannt, man habe aber die Bestimmungen darüber so festgesetzt, wie dies jetzt der Fall, weil man nicht anders gekonnt; stets aber habe man im Auge gehabt, daß durch die Verfassung die Monarchie beschützt werden solle gegen den frühern Absolutismus, und darum seien die Anschauungen des Hrn. Ministerpräsidenten ganz unhaltbar, selbst wenn man auf den Zustand vor der Verfassung zurückginge. Auch dann könne man nicht von der Hand in den Mund leben, es müsse eben Alles ordnungsmäßig festgesetzt werden. Schon vor dem Jahr 1848 sei dies geschehen. Auch damals sei eine Regierungswiese, wie die jetzt beabsichtigte, nicht möglich gewesen. Durch den Hrn. Ministerpräsidenten sei ein Prinzip ausgesprochen worden, das unsere ganze Zukunft in Frage gestellt hat. — Meine Herren! Auf mich haben diese Aeußerungen den Eindruck gemacht, als bezweckten sie eine reine Provozirung. Aber wie wollen unseren Gegnern nicht den Dienst leisten und provoziren lassen. Darum, glaube ich, thun Sie das Beste, wenn Sie in mildester Form vorgehen, wenn Sie meine Adresse annehmen. (Bravo im Centrum!) Die Majorität übernehme mit ihrer Adresse eine große Verantwortlichkeit gegen das Land; er hoffe zu Gott, daß sie ihr nicht zu schwer werde.

Berichterstatter Abg. v. Seydel: Um das Recht brauche man, wenn man im Uebrigen nur seine Schuldigkeit thue, nicht besorgt zu sein. Vor 13 Jahren habe Hassenpflug die kurfürstliche Verfassung gestürzt; jetzt

aber leuchteten Freudenfeuer von den heffischen Bergen, während Hassenpflug am delirium tremens gestorben sei. In Bayern habe ein Minister ebenfalls einmal zu dem Lande gesagt: thut und sagt, was Ihr wollt; wir stören uns nicht daran. Aber schon nach sechs Monaten habe das Ministerium dem König erklären müssen, daß es so nicht mehr gehe. Der Minister sei zwar nicht gestorben, aber Bundestags-Gesandter sei er geworden. (Geisterzeit.) Der König von Bayern habe damals das schöne königliche Wort gesprochen: Ich will Frieden haben — mit meinem Volke. Nichts habe auf diesen Entschlus des Königs von Bayern damals mehr Einfluß gehabt, als die Erklärung des Prinz-Regenten von Preußen, nur mit der Verfassung regieren zu wollen. Auch die Wendung in Kurhessen sei nur deshalb herbeigeführt worden, weil Preußen im Bereich seines Machtbezirks kein Unrecht habe dulden wollen. Sollte der König nicht mehr derselbe sein, der er damals gewesen? Gewiß, derselbe sei er noch, und nur von den verkehrten Ministern sei er umgeben. Redner beleuchtet die Ausführungen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers sobann in sehr eingehender und schlagender Weise, vom Beifall des Hauses oft unterbrochen. Die Regierung müsse den Beschluß dieses Hauses vom 17. Sept. v. J. Man verleihe sich gegenseitig nicht, sei gestern gesagt worden. Ja, so sei es, und es komme das daher, weil dieses Haus anderen sittlichen Begriffen folge, als die Regierung. Die Regierung gehe davon aus, daß ihr die Verfügung über Gut und Blut der Unterthanen ohne Weiteres zustehe, daß ihr Alles erlaubt sei, was das Gesetz ihr nicht ausdrücklich verbiete, — ja, daß sie sich selbst auch in letzterer Beziehung lediglich nach Dem richten könne, was ihr als zweckmäßig erscheine; dieses Haus aber gehe von der entgegengesetzten Ansicht aus: daß das Geld des Bürgers in erster Linie ihm gehöre und nicht der Regierung, und daß die letztere nur dann Geld von ihm erheben könne, wenn die betreffenden Ausgaben von der Vertretung des Landes genehmigt worden. (Bravo!) In diesem Grundsatze sei der erste Keim zur Größe Englands enthalten; es bezeichne derselbe aber auch leider die ganze Tiefe des gegenwärtigen Konflikts. (Bravo!)

Unter solchen Umständen sei es nötig, daß dem König, die ganze und volle Wahrheit gesagt werde. Redner geht dann die einzelnen Abschnitte des Adressentwurfs durch, indem er sich über die verschiedenen Verfassungsoverletzungen, sowie die Angelegenheit in Betreff der Loyalitätsadressen, die Maßregelungen der Beamten, die verfassungswidrige Beschränkung der Pressefreiheit u. ausführlich ergeht. Man habe gestern gesagt, Preußen stehe doch noch besser da, als Rußland und Oesterreich. Nun, wenn die Anordnungen des Kriegsministers in Betreff der Landwehr aufrecht erhalten blieben, so sei das ganze Königreich in Belagerungszustand erklärt. (Bravo!) Der Kriegsminister habe gestern von einer ruhigen Bevölkerung im Lande gesprochen. Nun, diese ruhige Bevölkerung bildeten die Landwehrleute eben, die alle die zweijährige Dienstzeit und ein Militärbudget von nur 34 Millionen wollten. Und diese ruhige Bevölkerung maßregle man jetzt, nicht anders, als ob man den Ehrenrod des Landwehrmannes zum Zeichen der Knechtschaft machen wollte. Man table es, daß die Adresse die an die alten Krieger von 1813 zu bewilligenden Pensionen nicht berühre. Es sei gewiß kein Meaia in diesem Hause, der diese Pensionen nicht mit Freuden bewilligen würde. Aber in der Adresse solle man die Jubelfeier nicht berühren, die in eine Zeit falle, in welcher man es darauf abgesehen zu haben scheine, Alles zu thun, um die Befinnung von 1813 zu erlösen. (Bravo!) Die Gräber Scharnhorsts und Gneisenau's solle man mit Blumen schmücken, aber gleichzeitig auch nicht vergessen, ihre Büsten mit Flor zu verhüllen. (Bravo!)

Das sei die gegenwärtige Lage. Redner berührt dann noch den Abschnitt in Betreff der auswärtigen Politik. Hier gebe es nichts zu rühmen. Werde in der Einleitung zu dem preussischen Votum über das Delegirtenprojekt ein deutsches Parlament gefordert, so sei das nur eine

die Ursprünglichkeit seines Geistes — eine Ursprünglichkeit aber, der durchaus nichts Sonderbares, aus dem rechten Geleise Strebendes, anhäng. Er ließ es sich nicht nehmen, selber zu denken über Alles, was ihm vorkam; und mochte er nun zu denselben Ergebnissen wie Andere gelangt oder ihnen widersprechen, — zu seinen Schlüssen hatte ihn immer der eigene angelegentlichste Denkgang geführt. Als nächste auffallende Eigenthümlichkeit am Prinzen erschien sein ungemeines Schnellsein — mit dem Geiste nämlich. Er gehörte zu jenen Menschen, die stets alle ihre Denkräfte bei der Hand, all ihr Wissen zum augenblicklichen Vebbringen bereit zu haben scheinen. Im ernstlichen Gespräch erreichte ihn wohl kein Zeitgenosse. Er war durchaus wahr in seiner Art zu reden; so daß er, wenn er überhaupt über einen Gegenstand sprach, nie damit spielte; er sagte nie eine Seite einer Frage nur darum auf, weil der Andere, mit dem er sprach, die andere aufgefahst hatte, wie denn überhaupt ein ernstes wechselseitiges Erörtern zu seinen größten Genüssen gehörte. Mit sehr großer Geduld ertrug er Kritik und Widerspruch, ja, er ließ sich gern opponiren, um daraus auf die Wahrheit, stets sein Hauptziel, zu kommen. An Wit und Laune fand er großes Vergnügen, und im Erzählen von etwas Spasshaftem brachte er gerade so viel Nachsinnung an, daß er Einem den Austritt lebendig darstellte, ohne dabei seine Nachsinnung im geringsten ungeschicklich werden zu lassen. — Wohl Wenige haben so die Freiheit geliebt — im tiefsten und weitesten Sinn des Wortes — als der Prinz-Gemahl; ja, er war darin noch englischer als die Engländer selber. — Stark ausgeprägt in ihm war sein Pflichtgefühl. Streng — unerschütterlich — führte er durch, was er zu thun übernommen hätte; auch gehörte er zu den seltenen Menschen, die, wenn es die Erfüllung einer Pflicht gilt, nie nach sich, ihrem Nutzen, oder Wehagen fragen, ja, gar nicht daran denken. Wäre er ein regierender Fürst gewesen, und hätte er, in einem Augenblicke der Gefahr, eine Form der Staatsverfassung angenommen, welche seiner Neigung oder seinem Urtheil widerspräche, so würde er doch mit der Wiederkehr ruhiger Zeiten aus

genaueste an ihr gehalten haben, und eine Aenderung, wenn eine solche eintreten sollte, hätte von dem andern Betheiligten am Vertrag, nicht von ihm, ausgehen müssen. Er war zu groß, um herrschen zu wollen, wenn die Macht durch etwas, was das Wesen oder auch nur den Schein des Unehrenhaften hatte, erkauft werden sollte. Er hätte, es ist das nicht zu viel gesagt, wäre er in Washington's Stellung gewesen, wie ein Washington zu handeln vermocht, hätte genommen, was an Ehre und Macht seine Mitbürger ihm geben mochten, und nach Mehr nicht begehrt noch getrachtet. — Eine sehr seltene Eigenschaft war am Prinzen zu bemerken — seine innigste größte Freude, wenn ein Anderer etwas Schönes sagte oder etwas Großes that. Tage lang konnte er sich daran freuen und davon reden; und ob das herrlich Gesagte oder Gethane von einem Kind oder von einem ergrauten Staatsmann kam, ihm machte es gleiches Vergnügen. Wo und wie immer die Menschen gut handelten und Gutes erfuhren, empfand er mit inniger Freude. Es ist dies nichts so sehr Gewöhnliches. Wir finden Leute, die schöne Dinge sagen und tüchtige Dinge thun können, die aber nicht gerade gern an einem großen Wort oder einer herrlichen That Anderer mit Herz und Mund verweilen mögen. Der Prinz war eben seine ganze hohe Bahn hindurch Einer von denen, die für Andere und in Andern leben. Und so wie er selbstlos und ritterlich seiner Herrscherin-Gemahlin und seinem neuen Vaterlande sich hingab — wird man kein Beispiel finden. Daß ihre Herrschaft groß und glorreich sei, daß dieses Land seiner Wahl in Kunst, Wissenschaft, Schriftthum und, was ihm noch theurer anlag, in der Wohlfahrt seiner Angehörigen hervorrage, war immerdar sein vornehmstes Hoffen und Streben; und er würde sich mit der allerbedenklichsten Stellung begnügt haben, wenn dadurch diese hohen Ziele und Zwecke im mindesten sich hätten fördern und sichern lassen. — Wer das Bild eines schönsten Lebens und Gemüths zu geben hat und weiß, wie ungern die Welt ohne starke Beschränkung großes Loben irgend einer Persönlichkeit sich gefallen läßt,

lustige Fanfare; wie man so etwas aussprechen könnte, während man so, wie es jetzt der Fall ist, mit der eigenen Landesvertretung verfährt, das geht über seinen beschränkten Unterthanenverband. (Heiterkeit.) Nur mit seinem Volke habe Preußen jemals etwas vermischt. Und jetzt, wo Europa von elektrischem Stoffe überladen sei und jeden Tag eine Eruption erfolgen könne, wage man es, über zwei- oder dreijährige Dienstzeit diskutieren zu lassen und die Gefahr einer Spaltung zwischen dem treuesten König und dem loyalsten Volke hervorzurufen! (Bravo!) Man denke an das schwarz-weiße Lied, in dem es heißt, daß nicht Ross, nicht Reifige die steile Höhe fürstlicher Throne sicherten, sondern nur die Liebe des Volkes, die in Preußen immer bestanden und die trotzdem, was jetzt geschehe, nie untergehen werde. (Stürmisches Bravo!) Man beweihe den Erfolg der Adresse; derselbe sei jedenfalls abzuwarten. Sollte, wie auch gesagt worden, der Konflikt sich sogar noch erweitern, nun so werde man ohne Groll in die Heimath zurückkehren, vertrauensvoll auf das nie zu zerbrechende Recht, wirkend unter den Bürgern, und also den Enkeln den vollen Genuß dessen vorbereitend, was dem Lande für jetzt entzogen werde. (Lang anhaltender Beifall.)

Der Minister des Innern verwahrt sich und das Ministerium überhaupt vor dem Vorwurfe der Verfassungsverletzung. Der König habe ihm befohlen, das Ministerium des Innern zu übernehmen. Auf die Frage, welches die Intentionen Sr. Majestät seien, sei ihm die Antwort geworden: Aufrechterhaltung der Armeeorganisation mit allen verfassungsmäßigen Mitteln und Befestigung des gegenwärtigen anomalen Zustandes durch nachträgliche Einholung der Genehmigung in Betreff der gemachten Ausgaben. Redner sucht dann die gegen die Beamten ergriffenen Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Regierung müsse sich fragen, ob sie mit gewissen Beamten auch regieren könne. Eine Parteinahme der Beamten gegen die Regierung könne nicht gebuldet werden. Der Laiz, der an den preussischen Beamten früher u. a. ebenfalls gerühmt worden lebe jetzt vielfach.

Abg. v. Bodum-Dolffs: Er glaube Das, was der Minister des Innern gesagt, auf sich beziehen zu müssen. Er glaube nicht, daß der Minister das Recht habe, in solcher Weise zu reden. Stehe er in einem gewissen Gegensatz zur Regierung, so komme dies daher, weil er die Verfassung halten wolle, nicht bloß als Abgeordneter, sondern auch als Beamter. Wenn der Minister des Innern ihn deshalb entlassen wolle, so möge er dies thun, insofern das Gesetz es ihm gestatte.

Der Minister des Innern erklärt sich überrascht durch die Art, wie Vordr. seine Worte aufgef. er habe im Allgemeinen Hr. v. Bodum-Dolffs nicht gemeint; wenn Letzterer aber will, so mag er sich zu Dinen rechnen, von welchen er, der Minister, gesagt, daß die Regierung gegen alle, ohne Ansehen der Personen, und ohne auf die persönliche Achtung Rücksicht zu nehmen, einschreite, deren Auftreten der Amtspflicht nicht entspricht.

Die Generaldiskussion wird erneut geschlossen, und das Haus geht zur Spezialdiskussion über den Kommissionsentwurf über. Die zwei ersten Sätze werden ohne Diskussion mit großer Majorität angenommen; dagegen die Feudalen, die Fraktion Vinde, und das Zentrum (katholische Fraktion).

Zu Satz II. nimmt das Wort der Ministerpräsident v. Bismarck: Die Regierung hat im Grund nicht den Beruf, an der Diskussion über die gegen sie gerichtete Anklage Theil zu nehmen. An diesen Satz knüpft sich aber eine andere Betrachtung. Das Haus läßt hier deutlich durchblicken, daß es die Entlassung des jetzigen Ministeriums wünscht. Ich richte an Sie die Frage: wenn Sr. Maj. der König das jetzige Ministerium entlasse, sind Sie in der Lage, ein anderes zu bilden? (Heiterkeit.) Ich zweifle keineswegs daran, daß sehr vielen Männern die nöthigen persönlichen Eigenschaften inne wohnen; nach Art. 41 der Verfassungsurkunde ernannt aber der König die Minister, und ernannt Männer, die sein Vertrauen haben; das ist die erste Bedingung. Wären Sie im Stande, diese Bedingung zu erfüllen? Ich überlasse Ihnen die Beantwortung der Frage. Sie bedürfen einer Majorität. In vielen negativen Sätzen gegen das Ministerium sind Sie einig; ich frage Sie, ob sich diese Einigkeit auch auf die positiven Sätze erstrecken wird? (Zischen.) Wenn Sie aus irgend einer der Parteien, die heute die Majorität bilden, ein Ministerium auswählen, so wird bei der Kritik, die Sie gegen jedes Ministerium üben, und diese Kritik ist eine alte nationale Gewohnheit, das Ministerium bald kaum mehr die Unterstützung seiner Partei und noch viel weniger diejenige der nahe verwandten Partei haben; das kann ich Ihnen voraussetzen und dafür sprechen die Vorgänge in den letzten Jahren.

Graf Scherer: Der Hr. Ministerpräsident hat in seinen Worten zu deutlich auf meine in der ersten Sitzung gehaltenen Aeußerungen hingewiesen, und ich muß einige Worte darauf erwidern. Der Minister-

wird fast froh sein, wenn er einen kleinen Mangel an seinem Helden anzumerken hat. Das Bild gewinnt dadurch an Hebung und Wahrscheinlichkeit. Dieser Mangel oder Fehler — wenn man ihn so nennen will — am Prinzen bestand in einem Ansehen von Schüchternheit, worüber er nie Herr zu werden vermochte; wie sich denn in Wahrheit fragen läßt, ob dergleichen sich überwinden lasse, selbst wenn großer Verkehr mit der Welt einem Mann das Verbergen möglich machte. Es ließe sich wohl Vieles zur Entschuldig. oder Rechtfertigung dieser Schüchternheit am Prinzen sagen; da war sie aber einmal und stand zuweilen der augenblicklichen Wahrnehmung und vollen Schätzung seiner hohen Eigenschaften ohne Zweifel im Wege. Es war die Schüchternheit einer sehr zartfühlenden Natur, die nicht sicher ist, daß sie gefalle, und der die Zuversicht und die Eitelkeit abgehen, die oft Charaktere bilden helfen, deren äußeres Gepräge und Gebahren lebhafter annuhet.

Berichtigungen. Karler. Ztg. Feuilleton vom 25. Jan., Nr. 24, Seite 1, Spalte 1, Zeile 6 von oben lies des hohen wie niedern, 2 " unten statt neue lies neu, 1 " " wurden lies werde n.

Am 24. d., Abends zwischen 9 und 10 Uhr, zeigte sich in Schottland ein prachtvolles Nordlicht, von einem Glanze und einer Ausdehnung, wie es nicht häufig beobachtet zu werden pflegt.

Hr. Nathan Thompson, der Erfinder der Maschinen zum Bau der Schiffe durch Dampf, hat in East Greenw. ein Etablissement gegründet, wo er, in Verbindung mit einer zu diesem Zweck zusammengetretenen Gesellschaft, seine Erfindung verwerthen will. Am 26. Jan. fand die Eröffnung der Fabrikgebäude Statt, wobei eine große Anzahl von Marinebeamten und von Leuten der Wissenschaft zugegen war.

präsident hat von Abgeordneten gesprochen, welche das Ministerium angegriffen haben. Ich habe nicht das Ministerium angegriffen; ich bin mir meiner früheren Stellung als Minister wohl bewußt und kenne die Schwierigkeiten einer solchen Stellung. Ich bin mir auch wohl bewußt der Zurückhaltung, die mir gerade meine frühere Stellung auferlegt. Ich habe nicht das Ministerium angegriffen; ich habe gegen die von dem Hr. Ministerpräsidenten aufgestellte Theorie protestirt, und dazu war ich nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Ich werde mich durch die Worte des Hr. Ministerpräsidenten nicht hinreißen lassen, von den Verhandlungen, welche bei der Entlassung des Ministeriums, dem ich angehörte, zwischen Sr. Maj. dem König und seinen damaligen Räten stattgefunden, zu sprechen; aber das Eine glaube ich sagen zu dürfen, daß in der Ordre, in welcher Sr. Majestät die Gnade hatte, mich von meinem Amte zu entbinden, ausdrücklich gesagt wurde, es geschehe dies, weil die Grundsätze, welche er, der Graf, aufgestellt, um die Regierung weiter fortführen zu können, nicht den Ansichten Sr. Majestät des Königs entsprächen. (Beifall.)

Der Ministerpräsident repliziert mit wenigen Worten, und es erhält darauf das Wort der Abg. Hr. G. v. S. für Satz 3: Nein, dieses Haus sei nicht in der Lage, ein neues Ministerium bilden zu können; darin liege aber eben der Beweis der Unwahrheit jener Beschuldigung, welche dem Lande ins Gesicht geschleudert werde. So sei die Lage, daß die Minister nicht mehr zu unterscheiden vermögen zwischen Recht und Unrecht. (Bravo!) Die Gerichte seien aus ihrer Unabhängigkeit gedrückt, die innere Staatsordnung befinde sich in der Auflösung. Ein Ministerium Bismarck bedeute den Gegensatz zu einer Verfassung überhaupt; den Namen v. Bismarck-Schönhausen kenne man aus der früheren Thätigkeit des gegenwärtigen Ministerpräsidenten mit Hr. v. Kleist-Retzow. Und die Meinung des Hr. v. Bismarck-Schönhausen solle jetzt der maßgebende Godev unseres Verfassungsrechts sein! (Bravo!) Nicht um die Frage: ob königl. oder parlamentarisches Regiment handle es sich jetzt, sondern um die Frage: ob Kabinetregierung oder Verfassung? (Bravo!) Man solle sich hüten vor gewissen Klünsten; den Eid auf die Verfassung könne man mit keiner Reservatio, sondern nur in dem Sinne schwören, wie dieser Eid ursprünglich gesetzt worden und allgemein verstanden werde. Auf den Befehl des Königs berufe man sich; Pflicht eines verfassungstreuen Ministers sei es aber, es dem König offen zu sagen, wo er Unrecht habe, und auf das Portfeuille zu verzichten, wenn der König gleichwohl auf dem Weg des Unrechts verharren wolle. (Unter stürmischem Beifall des Hauses führt der Redner diesen Punkt weiter aus.) Der Konflikt, schließt er soaan, habe erschreckliche Dimensionen angenommen. Mit Mäßigung und Besonnenheit sei dieses Haus verfahren, wie immer, so namentlich auch jetzt. Möchten die Minister doch auch endlich einmal das Ihrige thun. (Bravo!) Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Reichensperger (Gelsen) wird der Abschnitt III. des Entwurfs mit großer Majorität angenommen.

Zu Abschnitt IV. bemerkt der Ministerpräsident: Am Schlusse dieses Abschnittes heiße es: Das Land stand zu seinen Abgeordneten. Das wolle er auf das rechte Maß zurückführen. Nur 27 Prozent der Wahlberechtigten hätten gewählt, nach anderen Angaben 35 Prozent. Es blieben also noch etwa 70 Prozent übrig. Wie könne man da behaupten, daß das Land zu diesem Hause stehe? Und die Herren in diesem Hause seien wieder nur von den Wahlmännern gewählt, und diese seien es daher auch eigentlich nur, die diesem Hause zur Seite ständen. (Große Heiterkeit.) Zur Erhärtung seiner Angabe liest Redner einen Protest der Gemeinde Müschwitz bei Merseburg vor, in welchem dieselbe eine von ihr „irrtümlich“ unterzeichnete Zustimmungsadresse an das Haus wieder zurücknimmt.

Abg. Dr. J. a. u. c. r.: Meine der Ministerpräsident etwa, daß die 70 Prozent, welche nicht gewählt, zu ihm ständen? (Heiterkeit.) Der Ministerpräsident sei gewiß selbst davon überzeugt, daß dieses Haus die Majorität des Landes repräsentire, denn sonst würde er dem König gewiß zu einer Auflösung gerathen haben.

Die Abgeordneten Dr. Virchow und v. L. n. r. u. h. treten dem Ministerpräsidenten, der sich jedoch entfernt hat, ebenfalls entgegen. Ersterer weist namentlich auch auf die Neujaßradresse des Berliner Magistrats und die Adresse der rheinischen Notabeln hin. Der Abschnitt IV. des Entwurfs wird hierauf angenommen.

Zu Abschnitt V. des Entwurfs, die Verleumdungen gegen das Abgeordnetenhaus in den Lokalitätsadressen betreffend, bemerkt der Justizminister: Er habe gegen die betreffenden Verleumdungen nicht einschreiten lassen können; die ganze Lage der Sache habe ihm Das so vorschreiben müssen. Abg. v. Vinde: Die Lokalitätsadressen seien, mit allen ihren Verleumdungen, mit einer gewissen Gesinnlichkeit im ganzen Lande verbreitet worden, und zwar durch die Regierung selbst, denn sonst hätten sie ja gar nicht verbreitet werden können. Der Justizminister hätte zum Einschreiten gegen die Regierung selbst einschreiten lassen müssen. — Da s sei die Sachlage. (Bravo!) Abschnitt V. wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Zu Abschnitt VI., Mißbrauch der Amtsgewalt, Maßregelung der Beamten, der Presse etc. betreffend, bemerken die Abg. v. Bodum-Dolffs, Krieger etc., daß sie sich hier, als in ihrer eigenen Sache, der Theilnahme an der Diskussion und Abstimmung enthalten würden. Gegen den Abschnitt spricht der Abg. Lette, für denselben der Abg. Zimmerman, der die Maßregeln der Regierung für unsittlich und unchristlich erklärt. Der Abg. v. J. o. r. d. e. n. b. e. d. e. h. t. hervor, daß die ungesegnete Behandlung der Landwehr nicht desavouirt worden sei. Der Abschnitt VI. wird hierauf angenommen, ebenso, und zwar ohne Diskussion, der Abschnitt VII.

Zu Abschnitt VIII., die Schwächung des Ansehens Preußens im Auslande betreffend, bemerkt der Ministerpräsident: Er stelle es dem allgemeinen Urtheil anheim, ob es angemessen sein könne, Preußen als vor dem Auslande erniedrigt darzustellen. Er glaube sich jedes Urtheils hierüber enthalten zu dürfen. Die Andeutung, es möchte beachtlich werden, durch auswärtige Konflikte über die inneren Zerwürfnisse hinwegzukommen, sei unbegründet. Ein solcher Versuch würde, wie er dies auch schon bei einer andern Gelegenheit gesagt, eine Frivolität sein. Die beiden letzten Abschnitte des Entwurfs, IX. und X., werden, nachdem die Annahme des Abschnitts VIII. erfolgt ist, ohne Diskussion angenommen.

Da die Abstimmung bis jetzt nur eine eventuelle war, so wird jetzt zur definitiven Abstimmung geschritten. Die Frage: ob überhaupt eine Adresse an die Krone erlassen werden soll, wird mit großer Majorität bejaht. Die Entwürfe der Abg. v. Vinde und Reichensperger sind festschwerflich als gefallen zu betrachten, und es wird auf jede weitere Abstimmung über dieselben verzichtet. Zum Schluß wird über den Adressentwurf der Kommission im Ganzen namentlich abgestimmt. Es erfolgt die Annahme desselben mit 255 gegen 68 Stimmen. Der Präsident schlägt vor, die Adresse durch eine De-

putation von 30 Mitgliedern dem König überbringen zu lassen. Dies wird genehmigt. Die 30 Mitglieder werden durch das Loos bestimmt; es sind die Abgeordneten Bahn, Franour, Banf, Runge, Buchholz, Römer, v. Bonin (Stolz), Schömann, Dr. v. Bunsen, Graf Gieskowski, Banf, v. Hilgers, Winkelmann, Schäffer-Brichhorst, Ghomse, Pelzer, v. Proff-Gernich, Junke, Dr. Paur, v. Patow, Dr. Rupp, Senff, Schulz (Seehausen), Löwe, Pilaek, Kreuz, Bauer, v. Leipziger, Niemann, v. Geseck. Der Präsident theilt schließlich noch mit, daß er an den Ministerpräsidenten die Anfrage richten werde, wann Sr. Majestät die Deputation empfangen wolle. Schluß der Sitzung 3/4 Uhr.

Deutschland.

Kassel, 29. Jan. (Fr. Z.) Was sich unschwer voraussehen ließ, tritt jetzt schon ein; wir haben wieder einmal partielle Ministerkrisis. Der mit der Leitung des Finanzministeriums beauftragte Geh. Oberfinanzrath Schnackenberg hat nach der gestern unter Vorhitz des Kurfürsten stattgehabten Staatsministerialisitzung um Zurückziehung seines Auftrags nachgesucht. Die nähere Veranlassung zu diesem Schritt ist noch nicht bekannt; es hat aber auch gar nichts Auffallendes, daß Hr. Schnackenberg seine provisorische Stellung nicht zusagt und daß er von derselben gern so bald als möglich entbunden zu sein wünscht. Da nun in der nächsten Woche die drei Wochen zu Ende gehen, für welche nur Hr. Koch den Auftrag der Ministerien des Auswärtigen und des Hauses angenommen hatte, so ist zu erwarten, daß alsdann, und da Hr. Koch entschieden abgeneigt ist, einen weiteren Auftrag anzunehmen und zur definitiven Uebernahme nur bei ausdrücklichen Zusagen in Betreff der schwebenden Fragen bereit sein würde, endlich mehr Klarheit in die Situation kommen wird. Das Ministerium in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung trägt keinerlei Garantie für seine Dauer in sich selbst.

Koburg, 25. Jan. (N. Frk. Z.) Der Ausschuß des Nationalvereins ist nun definitiv auf den 1. Februar nach Eisenach zusammenberufen.

Celle, 27. Jan. Der hiesige Handelsverein hat sich gestern obwohl selbst großentheils aus Juniorsrechtsträgern zusammengesetzt, einstimmig für Gewerbefreiheit ausgesprochen. Es ist zu hoffen, daß endlich auch die Regierung in dieser längst reifen Frage ihr bisheriges Schankensystem aufgibt.

Berlin, 30. Jan. Der im Königreich Polen ausgebrochene Aufruhr wird hier als vollständig mißlungen betrachtet. Ist derselbe auch nicht überall gedämpft, so hält man doch eine größere Ausdehnung der dortigen Unruhen nicht mehr für wahrscheinlich. Deshalb steht auch keine Erweiterung der diesseitigen Ordnung- und Sicherheitsmaßregeln an der polnischen Grenze mehr zu erwarten. Die Truppentheile im Innern der östlichen Provinzen, welchen für den Bedarfsfall der Befehl zur Marschbereitschaft zugegangen ist, werden nicht an die Grenze vorrücken. Dagegen dürften die in den Grenzdistrikten selbst bereits aufgestellten Abtheilungen zum größten Theil noch einige Zeit in ihren jetzigen Standorten verbleiben, um bei der Aussicht auf das Uebertreten von Flüchtlingen den erforderlichen Wach- und Patrouillendienst an der Grenze zu unterhalten. — Der hiesige „Publicist“ veröffentlicht heute wieder einen ihm zugesendeten offiziellen Artikel, welcher die jüngsten Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich betrifft. In demselben heißt es u. A.: Die Idee einer persönlichen Unterredung zwischen den auswärtigen Ministern der beiden deutschen Großmächte sei nicht von Preußen ausgegangen, habe hier aber auch keinen Widerstand erfahren. Die Unterhandlungen darüber seien noch im Gange. Doch könne Preußen dem Vorschlag nicht eher Folge geben, als bis schon vor der Zusammenkunft eine Grundlage vereinbart und festgestellt worden sei; die Bürgschaft dafür biete, daß die Besprechung der beiden Minister nicht resultatlos bleiben würde. Hr. v. Bismarck habe als Grundlage jeder Bundesreform ein Nationalparlament mit entscheidender Stimme bei der Gesetzgebung aufgestellt und halte sie noch fest.

Berlin, 30. Jan. (W. T. Z.) Die „Nordd. Allg. Zeitung“ sagt, mehrere Provinzialblätter hätten aus der Schlußrede des Ministerpräsidenten in der Adressenrede den Schluß gezogen, es liege in der Absicht der Regierung, die Kammer aufzulösen oder wenigstens zu vertagen; dem gegenüber könne die „N. Allg. Ztg.“ versichern, daß weder das Eine noch das Andere in Frage gekommen sei.

C.S. Berlin, 30. Jan. Eine Privatdepesche aus Warschau meldet, daß die Aushebung in der Provinz überall ohne Schwierigkeiten vor sich geht, die Aufständischen, ohne Proviant, ohne Aerzte, Hospitaler, zum Theil ohne Waffen, in den Wäldern haufen, und die Truppen sich darauf beschränken, den Zeitpunkt abzuwarten, wo die Aufständischen durch Hunger und Krankheit gezwungen sein werden, sich zu ergeben. Von einem Guerillakriege könne im flachen Lande keine Rede sein.

Gestern ist in Die rj sen (Sternberger Kreis) an Stelle des ausgetretenen Geh. Rev. N. Ambronn der liberale Kandidat Kreisrichter Ditteroth zu Zielgenz mit 149 von 276 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Der Gegenkandidat Graf Finkenstein erhielt 122 Stimmen.

Königsberg, 29. Jan. (W. T. Z.) Der Redakteur der Königsberger Hartung'schen Zeitung, K. v. Hasenkamp, ist heute wegen zweier Artikel, unter Annahme von Mißbrüchen, zu 30 Tdln. Geldstrafe verurtheilt, der gleichzeitig auf Grund des §. 35 a. des Preßgesetzes angeklagte Verleger Hartung aber freigesprochen worden.

Zusbruck, 27. Jan. Der in der gestrigen Sitzung des Landtags eingebrachte Antrag der Landesbischöfe Tyrols lautet vollständig:

Er. K. R. Majestät wolle bei den eigenthümlichen Verhältnissen Tyrols und dem gemeinsamen Wunsch dieses Landes an dem kaiserlichen Patente vom 8. April 1861, Ziff. 41, folgende Abänderung zu verlesen gerühen: 1) In Tyrol besteht keine Pfarrgemeinde der evangelischen

Kirch, weder ausburglichen noch helvetischen Bekenntnisses, und es soll auch in Zukunft in diesem Lande keine katholische Gemeinde oder Filiale sich bilden dürfen. 2) Die Evangelischen, welche sich in Tyrol aufhalten, gehören hinsichtlich ihres öffentlichen Gottesdienstes, hinsichtlich von Kirchen, Unterricht, Wohlthätigkeitsanstalten, Stiftungen, Fonds und Vereinen, hinsichtlich Gemeindeversammlungen, Gemeindegemeinschaft und Presbyterium zu der ihnen am nächsten liegenden Gemeinde ihres Bekenntnisses einer andern österreichischen Provinz. In Tyrol selbst ist ihnen nur das Religions-Privatrecht gestattet. 3) Das protestantische Bethaus in Meran bleibt der Benützung der dort weilenden katholischen als Privatortorium anheimgestellt. 4) Katholiken können in Tyrol unbewegliches Eigenthum erwerben, müssen jedoch von Fall zu Fall die Erlaubnis sich durch ein Landesgesetz erwirken. Das Land bittet, daß Sr. Majestät diese Abänderungen auf Grund des bisherigen gesetzlichen und tatsächlichen Ausnahmestandes und des a. h. Handschreibens vom 7. Sept. 1859 nach §. 17 der L.-D. zu verleihe geruhe, und stellt nur unter ausdrücklicher Bewahrung dieses Landesrechts die untergeordnete Bitte, diese Abänderungen nach §. 19 der L.-D. zu genehmigen, wobei das Land seine zureichende Erwartung ausdrückt, Sr. Majestät werde im Sinn und Vorlaut des a. h. Landtagsabschlusses vom 13. Juni 1861 diesen Gegenstand durch a. h. eigene und unmittelbare Würdigung erledigen. Vinzenz, Fürstbischof von Trient. Benedikt, Fürstbischof von Trient. Rupert Mayer, Stellvertreter des Erzbischofs von Salzburg.

In derselben Sitzung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Der hohe Landtag wolle beschließen, unter Vorstellung der drückenden Verhältnisse des tyrolischen Weinbaues bei der h. Regierung einzuschreiten, daß der Beschluß des zweiten Handelstags in München vom 15. Okt. 1862, des Inhalts:

Die nach dem Vertrage vom 19. Februar 1853 zwischen Oesterreich und dem Zollverein bestehenden Vertheilungserleichterungen sind möglichst dahin auszuweiten, daß für die beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein zollfreier Verkehr eintrete, wozu die bisherige Selbstständigkeit der beiden Zollgebiete auch ferner erhalten bleibt.

bezüglich der Tyroler Weine durch Ermäßigung des Zollsatzes durchgeführt und dem Lande Möglichkeit geboten werde, den Ueberfluß des Weinprodukts in die benachbarten süddeutschen Staaten auszuführen, in so lange nicht der vollständige Anschluß und zollfreie Verkehr erreicht sein wird.

Italien.

Der „Movimento“ meldet aus Capvera, daß am 16. Jan. Garibaldi zum ersten Mal das Bett verlassen habe, am 22., auf Krücken gestützt, einen Spaziergang außerhalb des Hauses gemacht hat. Am 24. fuhr er in seinem Kahn auf den Fischfang. Die Genesung geht ihren sichern Weg. Dr. Basile hat bereits die Insel verlassen; Albanese ist der einzige, bei Garibaldi zurückgebliebene Arzt.

Frankreich.

Paris, 30. Jan. Im Senate begann gestern die Adressdiskussion, und man glaubt, daß sie morgen beendet werden wird. Bemerkenswerth sind zunächst die Anfeindungen des Hrn. Dupin gegen Preußen, die bitteren Erörterungen Thouvenel's über sein Wirken als Dolmetscher der kaiserl. Politik, und die Erklärungen des Sprechers der Billaut. Hr. Dupin häufte Vorwürfe auf Vorwürfe auf die preussische Regierung, „berühmt in Deutschland durch ihre Macht und Geschicklichkeit, die sich seit 50 Jahren bemühe, alle katholischen Beamten der neuen Provinzen durch protestantische zu ersetzen.“

In Preußen — sagt er u. A. — wo die Regierung das Königreich als eine königliche und väterliche Kaserne betrachtet, werden die Kinder der Bürger wie unsere Soldatenkinder behandelt; sie sind streng der Regimentsdiscipline unterworfen und die Stodwache, d. h. das angebliche Zivilgefängnis, straft den Nichtbesuch der gouvernementalen Klassen. In Berlin aber sind die protestantischen Schulen allein offiziell, die katholischen sind nur geduldet. . . Aber ungeachtet aller erbärmlichen Mittel, ungeachtet der erlaubten und leidenschaftlichen Predigten des Apostaten Kongo, dieses preussischen Passaglia. . . hat die katholische Bevölkerung von Berlin und Brandenburg seit Friedrich II. stets zugenommen. — Dagegen läßt der ehrenwerthe Senator der preussischen Regierung Gerechtigkeit widerfahren, indem er ihre wohlwollenden Gesinnungen für die Gesellschaft des heil. Vinzenz von Paula konstatiert, in welcher Hinsicht Preußen nur von Frankreich, Belgien und Spanien übertroffen wird.

Hr. Thouvenel verwahrt sich entschieden gegen den Vorwurf, daß er als Minister versucht habe, die französische Politik in der italienischen Frage auf Abwege zu leiten, wobei er übrigens eine gewisse feindliche Stimmung gegen Rom kaum unterdrücken kann. Er behauptet, stets in Uebereinstimmung mit dem Gedanken des Kaisers gewesen zu sein. Schließlich erklärt Hr. Thouvenel, zu seinem größten Bedauern nicht für den auf Italien bezüglichen Paragraphe der Adresse stimmen zu können. Bis jetzt habe man noch nichts von einer Sinnesänderung der römischen Kurie seit dem Minister- und Gesandtenwechsel bemerken können. Die römische Frage bleibe immer noch der schwarze Punkt am Horizont. Er habe niemals das Recht der Italiener auf Rom, als Hauptstadt, zugestanden; aber er könne den Römern das Recht nicht streitig machen, wie die andern modernen Gesellschaften regiert zu werden, und ein veraltetes System zurückzuweisen, von dem selbst die Erzkatoliken Frankreichs für sich Nichts wissen wollten. Die weltliche Herrschaft des Papstes müsse, wenn sie fortbestehen solle, durchaus umgestaltet werden, und er bedauere deshalb, daß der Adressentwurf nicht mehr von den Ideen des Kaisers selbst über diesen Punkt durchdrungen sei. Wenn auch der neueste Versuch in Rom zu Nichts führe, so müsse der kaiserlichen Regierung endlich der Augenblick gekommen zu sein scheinen, aus den Verlegenheiten sich herauszuziehen, deren Ernst und Gefahren nach Gebühr zu schätzen man bei aller Mäßigung und Geduld sich fernhalten nicht mehr werde enthalten können.

Hr. Billaut, welcher die Diskussion über den §. 7. schloß, erklärte, daß der Kaiser in Rom das religiöse „non possumus“ fand und nun in Turin das politische „non possumus“ findet. . . „Da der Kaiser den kritischen Punkt befehligt hält, so wird er abwarten, bis beide in doppelten Interesse der

Religion und Italiens sich zu vergleichen wissen werden. Dies ist die Politik des Kaisers, die Ihrige, die des Landes.“

Der heute im Gesetzgebenden Körper verlesene Adressentwurf, vom Fürsten Morny verfaßt, zeichnet sich durch seine Kürze vorthellhaft aus. Der Gesetzgeb. Körper dankt, daß der Kaiser seine Dienste bis zum Ende der Legislatur beibehielt; er bemerkt, daß der Kaiser sich nicht irrete, wenn er auf die Mitwirkung des Gesetzgeb. Körpers in der mexikanischen Expedition, auf deren glückliches und baldiges Ende man hofft, rechnete; er bedauert, daß Sr. Majestät wohlwollende und uneigennütige Stimme in der amerikanischen Frage von den Großmächten nicht gehört wurde, und sagt sodann bezüglich Italiens:

Der Gesetzgebende Körper billigt, daß Sie mit fester Hand die Wagschale halten zwischen den großen Interessen, welche Italien bewegen. Sie haben die Italiener unterstützt, ohne mit der Revolution einen Pakt einzugehen; Sie haben nicht ausgehört, die Unabhängigkeit des Heil. Vaters zu beschließen, indem Sie fortführten, ihm ebrerbietige Rathschläge zu ertheilen. Beharren Sie, Eire, bei derselben Politik, die schon eine glückliche Bewähigung der Geister bewirkte und den Gefühlen des katholischen und liberalen Frankreichs entspricht. . . Die Bevölkerung, mehr und mehr empfänglich für die Wohlthaten und den Ruhm Ihrer Regierung — schließt die Adresse — werden vorzugsweise Männer wählen, die den Gedanken, der Sie auf den Thron hob, im Herzen tragen, und unsere Nachfolger werden nur das von uns begonnene Werk zu vollenden haben, dessen einziges Ziel stets war, Ihre Dynastie mit der Freiheit zu verbinden.

Die Adressdiskussion wird Mittwoch beginnen, und, wie man denkt, höchstens 3 bis 4 Sitzungen beanspruchen. Wie man versichert, ist die Regierung mit der Wahl der Hrn. Flavigny, Vueneil und Devinc in die Budgetkommission sehr ungehalten; man glaubt, daß die Wiederernennung der beiden ersten Herren von der Regierung lebhaft bekämpft werden wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Jan. (H. N.) Das Folkething beschloß heute, den von Isherning eingebrachten Antrag auf Entschädigung des Baron Dirckind-Holmsfeld für den seinem Landfische Magleklippe durch die im Mai 1861 stattgehabten Exzesse zugefügten Schaden dem Justizminister zu überweisen. Im Antrage ist der Schaden am Landfisch auf 852 Rthlr. taxirt, und werden ferner 500 Rthlr. gefordert, weil das Haus seit der Zeit unbewohnt gestanden hat, und 1200 Rthlr. jährlich, weil er sich gezwungen sieht, so weit von seinem Landfische zu wohnen. In einer solchen Ueberweisung an den Justizminister liegt eine Empfehlung. „Färdelandet“ nennt sie charakteristisch genug ein „schlagendes Beispiel unserer moralischen Zügellosigkeit“ — Der Reichstag wird morgen geschlossen werden.

Rußland und Polen.

Warschau, 27. Jan. Ueber die bereits erwähnten Vorfälle bei Plozk bringt der offizielle Warschauer „Dziennik powszedni“ nach dem Berichte des Kriegsobersten von Plozk noch folgende nähere Mittheilungen:

In der Nacht vom 22. auf den 23. d. M. um 1 Uhr nach Mitternacht, wurde die Stadt Plozk bei dem Sturmlouten aller Gloden und nach einem Signal von 2 Schüssen überfallen. Das Militär sammelte sich auf ein mittelst einer Mauer gegebenes Zeichen auf den bestimmten Plätzen, und drängte die Rebellen zurück; hierbei wurden drei Soldaten getödtet; von den Rebellen blieb ein Todter am Plage; der verwundete Staatsanwalt Zegzdaba hat sich, als er von einer Patrouille in einem Bürgerhause angetroffen wurde, mittelst eines Pistolenschusses entleibt. Die Bemühungen der Rebellen, die Kasernen vom rückwärtigen Hofe aus in Brand zu setzen, mißlang; sie wurden von den Kosaken durch Schüsse auseinander getrieben. Es wurden gegen 150 bewaffnete Rebellen ergriffen, darunter der Landbedemann Kowalewski, der sich Oberst der Bande nannte, welche Plozk überfiel. In dem Kloster der P.P. Reformatorinnen wurden 36 ergriffen, worunter mehrere Verwundete; bei Racisz wurden 7 ergriffen. Bei der Rückkehr einer Kompanie des Muzom-Infanterieregiments wurde ein Flügelmann in der Nähe von Plozk von einem in einem Graben aufstauernden Bagabunden erschossen. Der Mörder wurde an Ort und Stelle mit Bajonetten niedergeschossen. In der Nacht vom 23. auf den 24. d. M. waren sich 160 bewaffnete Räuber um 2 Uhr Nachts auf die Kasernen in Radomsk, aus welchen sich die Kompanie des Muzomeregiments zurückzog. Beim Tagesanbruch kehrte die Kompanie nach der Stadt zurück und nahm 26 Leute gefangen. Ein Gemeiner wurde getödtet.

Neueste Levantepost.

Athen, 24. Jan. In der Maina brach (wie bereits erwähnt) wegen Annullirung der dortigen Wahl ein Aufstand aus. Ein Infanteriebataillon und eine Kavallerieabtheilung wurden dahin entsendet. In Megara und im Piräus fanden Konflikte statt. An letzterem Orte waren französische Matrosen betheilt. In Nauplia fand gelegentlich eines Ausfluges des englischen Gesandten nach Mycene ebenfalls ein Konflikt zwischen Barkenführern und Marinejünglingen statt, wobei ein englischer Unteroffizier ermordet wurde. Mehrere Räuber wurden eingefangen, andere sind im Kampf gefallen. Die Regierung ist fortwährend gespannt; der theilweise Sturz derselben durch die Nationalversammlung wird erwartet. In Athen wurde eine Verbrüderung von mehreren Tausend Individuen, theils der Armee, theils dem Bürgerstande angehörend, zu anarchischen Zwecken, entdeckt. In der Armee fanden wieder mehr als hundert Beförderungen statt. Gestern und vorgestern sendete die provisorische Regierung Truppen nach Kalamata, um die Stadt gegen eine Abtheilung Mainoten, welche sie unter Führung des Patavos Nauromichalis bedroht, zu schützen.

Konstantinopel, 24. Jan. Der wisch Pascha, Truppenkommandant in Albanien, wurde in Disponibilität versetzt. Dmer Pascha wird nun wahrscheinlich das Kommando behalten.

Amerika.

Neu-York, 16. Jan. (Per Washington.) Es wird versichert, General Burnside habe eine neue Bewegung über den Rappahannock gemacht; doch sind keine näheren Umstände bekannt. Man nimmt an, daß ein großer Theil der südlichen Armee von Fredericksburg zurückgezogen worden ist. General Sweeney, mit 1000 Mann und einer Abtheilung Artillerie, soll 1400 Mann südliche Truppen mit 4 Geschützen unter General Roddy bei Cane Creek in Alabama geschlagen haben; 82 Gefangene und Baumwolle, Getreide, Pferde u. s. w. zum Werth von 50,000 Doll. sollen in seine Hände gefallen sein. General Grant hat sich nach Oxford in Mississippi zurückgezogen und für einstweilen seine Bewegung auf Granada aufgegeben. Bei ihrem Rückzug nach der Schlacht von Vicksburg zogen sich die unionistischen Kanonenboote den Arkansasfluß hinauf. Am 11. d. machten sie einen Angriff auf Arkansas Post, 100 Meilen weit von der Mündung des Flusses. Diese Stellung war von 7000 Mann feindlicher Truppen vertheidigt, aber, von vorn und im Rücken bedrängt, ergaben sie sich nach kurzem und heftigem Gefecht auf Gnade und Ungnade; sie verloren 550 Tödtete und Verwundete. Der Verlust der Unionisten wird auf 200 Tödtete und Verwundete angegeben. General Bragg ist in dem Kommando der südstaatlichen Streitmacht in Tennessee durch General Longstreet ersetzt worden. Der Brief des Präsidenten an General McClellan vom April verfloßenen Jahres, der gestern dem Vorsitzenden des Kriegesgerichts über McClellan vorgelegt wurde, bezeugt, daß er sich in McClellan's Pläne einmischte und McClellan daran hinderte, auf der Halbinsel thätig mitzuwirken. In Albany herrscht große Aufregung wegen der Frage über den Sprecher. Mehr als 100 Ballotagen hatten zum Resultat, daß verschiedene Kandidaten gleichviel Stimmen erhielten. Die Republikaner, die eine schließliche Niederlage fürchteten, vertauschten gestern ihren Kandidaten gegen einen für den Krieg gestimmten Demokraten. Die Demokraten suchen auf alle Weise eine Verzögerung herbeizuführen, um durch eine große Vereinigung ihren Kandidaten durchzusetzen.

Baden.

Karlsruhe, 31. Jan. Dessenliche Blätter haben vor einiger Zeit die Nachricht gebracht, es sei eine Anzahl von Volksschullehrern, welche zufolge ihrer Theilnahme am Aufstande von 1849 des Dienstes entlassen wurden, nachmals aber die Wiederaufnahme verlangten, durch Beschluß des groß. Oberlehreraths in das schon vor der Entlassung zurückgelegte Dienstalter wieder eingesezt worden. Diese Nachricht wurde in den Blättern wiederholt in Zweifel gezogen und in neuester Zeit mehrfach als unbegründet bezeichnet. Sicherem Vernehmen nach war aber der erst erwähnte Bericht vollkommen wahrheitsgemäß. Schon im November des vorigen Jahres wurde von groß. Oberlehrerath beim Ministerium des Innern der Antrag gestellt, im Hinblick auf den bezüglich politischer Verbrechen erfolgten allerhöchsten Gnadenakt auch den Lehrern, welche anlässlich der vorerwähnten Ereignisse des Dienstes entlassen wurden, und nach später erlangter Wiederaufnahme ihrem Verufe in befriedigender Weise oblagen, das mit der Entlassung eingedrückte Dienstalter wieder zu verliehen. Das Ministerium hat dem groß. Oberlehrerath in diesem Sinne Ermächtigung ertheilt, und letztere Behörde hierauf die betreffenden Lehrer in die fraglichen Rechte wieder eingesezt.

Karlsruhe, 31. Jan. Dem Vernehmen nach hat Hr. Gemeinderath Schwegel die auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten der Stadt Karlsruhe angenommen.

Heidelberg, 29. Jan. (Sch. M.) Seitdem die neuesten Nachrichten aus Polen über die dortigen Zustände hier eingetroffen sind, hat sich die Mehrzahl der hier studirenden Polen plötzlich nach Hause begeben.

Heidelberg, 30. Jan. Der längst projektirte Bau von Thürmen an zwei unserer Stadtkirchen ist nun definitiv festgestellt und soll mit der Ausführung mit kommenden Frühjahr begonnen werden. Der Thurm der protestantischen St.-Petri-Kirche, welche zugleich für den akademischen Gottesdienst dient, wird in rein gotischem Styl, entsprechend dem der Kirche, erbaut und wird die anscheinliche Höhe von 200 Fuß erhalten. Er wird ganz in grauem Sandstein, ein vortreffliches Baumaterial aus dem mittlern Neckarthal, ausgeführt werden. Der Thurm der katholischen Stadtkirche, die dem Zeitalter der sogenannten Renaissance angehört, wird im Geschmack derselben erbaut und nicht minder hoch werden. Durch diese Bauten wird die Ansicht unserer Stadt, die in ihrer langen Ausdehnung dem Auge bis jetzt wenige hervorragende Ruhepunkte bot, wesentlich gewinnen.

Nachricht.

Breslau, 30. Jan. (W. L. B.) Nach der „Schles. Ztg.“, mit Berichten aus Warschau vom 28. Abends, haben die Insurgenten neuerdings starken Zugang aus den besseren Gesellschaftskreisen erhalten; Viele verlassen fortwährend Warschau, um sich den Insurgenten anzuschließen. Die „Bresl. Ztg.“ sagt, daß bei Piotrkow die Insurgenten eine russische Abtheilung, darunter zwei Offiziere, aufgegriffen hätten, welche letztere sofort erschossen worden wären. Das lithauische Grenadierkorps rückt in Elimärtschen an. Wisocki soll im Lande sein.

Kassel, 31. Jan. (W. L. B.) Der Finanzrath Bode ersetzt Schnadenberg.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 1. Febr. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung. Die Katakomben; Oper in 3 Akten; Text von Moriz Hartmann, Musik von Ferdinand Hiller.

Dienstag 3. Febr. 1. Quartal. 18. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Die Leibrente; Schwank in 1 Akt, von G. v. Mallitz. Hierauf, zum ersten Male: Eine franke Familie; Schwank in 3 Akten, von Moser und Drost.

